

Frage: Welche Rolle hat Religion bei der Integration?

Die Frage nach der Rolle der Religion haben Sie unterteilt in zwei Einzelfragen: Ist das „christliche Abendland“ in Gefahr? Und: Was ist die Rolle der Kirchen bei der Integration?

Ist das „christliche Abendland“ in Gefahr?

Was ist das „christliche Abendland“? Diese Frage nüchtern zu beantworten ist in der aktuellen Situation in Deutschland umso wichtiger, als wir derzeit eine Situation aufgeregter öffentlicher Stimmung erleben. Der Gegenbegriff zum Begriff des „christlichen Abendlandes“ lautet: „Islamisierung des Abendlandes“. Dagegen wird jeden Montagabend in Dresden und auch in anderen Städten demonstriert „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida); rechtspopulistische Kräfte meinen, das christliche Abendland sei in Gefahr und müsse verteidigt werden.

Die Kirchen haben hier eine sehr klare Position: Sie lehnen diesen populistischen Begriff des sog. „christlichen Abendlandes“ ab. Beide Kirchen bleiben, bei unterschiedlichen Nuancen der Interpretation, bei der nüchternen Feststellung, dass Europa christliche Wurzeln hat und wesentlich von christlichen Traditionen und einer christlichen Ethik geprägt ist, aber natürlich auch von anderen religiösen und philosophischen Traditionen: der platonischen und aristotelischen Philosophie, dem Humanismus, der Aufklärung. Wenn wir heute als Kirchen etwas zu verteidigen haben, dann natürlich unsere eigenen christlichen Traditionen, die bis heute eine wertvolle Quelle und Motivationskraft sind, für eine freiheitliche, von den Menschenrechten, von Solidarität und Fürsorge für die Schwächeren geprägte Gesellschaft, in der Religion und Staat getrennt sind, aber auch sinnvoll aufeinander bezogen. Die Evangelische Kirche besinnt sich gerade im Vorfeld des Reformationsjubiläums 2017 „500 Jahre Reformation“ auf ihren spezifischen Beitrag für eine solche Gesellschaft.

Aber wir wissen andererseits, dass der Begriff des „christlichen Abendlandes“ nicht mehr unsere aktuelle Situation beschreibt. Was wir überzeugt vertreten und verteidigen ist nicht das christliche Abendland, sondern ein wertegeprägtes Europa. Zu den Werten Europas aber gehört die prinzipielle Offenheit für Menschen aller Kultur und Religion. Wenn Europa diese Offenheit verliert, verliert es seine Seele. Deshalb wenden sich die Kirchen mit einer Stimme gegen eine prinzipielle Abschottung Europas gegenüber Flüchtlingen und Migranten. Wir weisen darauf hin, dass dies ein Bruch des Völker- und Europarechtes wäre (Genfer Konvention; Art. 18 der EU Grundrechtecharta¹). Mit einer Abschottung Europas wäre Europa als Wertegemeinschaft mit humanitärem Anspruch gescheitert. Wir sehen unsere Aufgabe deshalb darin, uns innenpolitisch und europapolitisch für eine Asyl- und Einwanderungspolitik einzusetzen, die die Werte der Humanität beachtet. Wir fordern geregelte Einreise- und Asylverfahren für Flüchtlinge und die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes, das die legale und transparente Einwanderung ermöglicht.

Es geht also nicht darum, die Vergangenheit eines christlichen Abendlandes zu verteidigen, sondern die Gegenwart eines wertegeprägten Europas, damit dieses Europa zukunftsfähig ist.

Zur zweiten Frage:

Was ist die Rolle der Kirchen bei der Integration?

Im Jahr 2015 wurden wir nicht nur von der stark anwachsenden Zahl der Flüchtlinge überrascht, sondern auch von dem unerwartet starken Engagement der Bevölkerung in der Flüchtlingshilfe. In unseren evangelischen Landeskirchen gibt es 1,2 Millionen Ehrenamtliche. Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei jetzt die Flüchtlingshilfe. Sie sind überall dort aktiv, wo Flüchtlingsunterkünfte eingerichtet werden: Willkommensfeste, Patenschaften, Deutschunterricht, Begegnungsräume werden organisiert. 105 Millionen Euro haben die evangelischen Landeskirchen in 2015 für die Flüchtlingshilfe zur Verfügung gestellt. Wir nennen diese Hilfe den „Ersten Advent“, also die erste Ankunft. Jetzt aber ist es dringend notwendig den „Zweiten Advent“, so nennen wir die Aufgabe der Integration, zu organisieren. Die Ankommenden brauchen

¹ Art. 18: Das Recht auf Asyl wird nach Maßgabe des Genfer Abkommens vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge sowie gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gewährleistet.

Sprachkurse, Einführungskurse in das gesellschaftliche Leben in Deutschland, berufliche Integration. Es ist gut zu sehen, dass es eine große Bereitschaft der Wirtschaft, des Handwerks, der Gewerkschaften, der Sportvereine, der Feuerwehren, der Schulen und anderer Bildungseinrichtungen, sowie der Kirchen und ihrer Sozialverbände gibt, sich dieser Integrationsaufgabe zu widmen. Zurzeit werden zum Beispiel in unserer Diakonie neue Ausbildungsformate im Pflegebereich speziell für Flüchtlinge eingerichtet, die Spracherwerb mit Berufsausbildung verbinden.

Eine besondere Verantwortung sehen wir darin, den interreligiösen Dialog zu fördern, der durch die Zuwanderung von mehrheitlich muslimischen Flüchtlingen immer wichtiger wird. Die Kirchen setzen sich für eine Integration der muslimischen Gemeinden in unser Religionsrecht ein: auch sie sollen eine öffentliche, soziale und kulturelle Rolle in der Gesellschaft spielen, mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die Kirche. Wir sehen, dass sich der Dialog verändern wird, weil die Moscheegemeinden selbst, die bei uns bisher mehrheitlich türkisch geprägt sind, jetzt einen kulturellen Wandel durch die arabisch geprägten islamischen Zuwanderer erfahren. Die religiöse Integration sehen wir vor allem als eine Bildungsaufgabe. Diese Aufgabe wird von der Gesellschaft noch viel zu wenig gesehen.

Gesellschaftspolitisch engagieren wir uns überall dort, wo sich Bündnisse bilden, um sich zur Integrationsaufgabe zu bekennen. Als Beispiel nenne ich das „Bündnis für Brandenburg“ oder die „Allianz für Weltoffenheit“ auf Bundesebene, in der sich jeweils ein breites Spektrum gesellschaftlicher Kräfte zusammengeschlossen haben. Als die größte gesellschaftspolitische Herausforderung sehen wir in unserem Land die Aufgabe, diese positive Stimmung politisch und gesamtgesellschaftlich zu bewahren.